



Grüne bei Landesbischof: Einigkeit bei ökologischem Wirtschaftsumbau und Kampf gegen Rechtsextremismus

Erstes Treffen zwischen der Fraktionsspitze der Landtagsgrünen und dem evangelischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

Die Grünen im Bayerischen Landtag sind gestern zu einer ersten Begegnung mit dem Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm, ins Münchner Landeskirchenamt gekommen. Themen des Treffens mit der Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause und Ulrike Gote, Mitglied des Fraktionsvorstands und religionspolitische Sprecherin, waren die Energiewende, Fragen des ökologischen Umbaus der Wirtschaft und der Kampf gegen Rechtsradikalismus. Bei allen Inhalten herrschte eine große Übereinstimmung.

Der Landesbischof erinnerte daran, dass sich die Kirchen weltweit seit Jahrzehnten für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einsetzen. Darum sei er sehr dankbar, dass die Notwendigkeit eines ökologisch verträglichen Wirtschaftens und der Energiewende inzwischen „in der Mitte der Gesellschaft angekommen“ sei. Ulrike Gote verwies darauf, dass die im bayerischen Klimabündnis – dem auch die bayerische Landeskirche angehört – verabredeten Ziele noch nicht in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt worden seien. „Die Grünen werden sich weiter dafür einsetzen, dass die Umsetzung der Energiewende in Bayern endlich konkrete Fortschritte macht.“

Beide Seiten waren sich einig, dass es künftig kein Wirtschaftswachstum mehr geben könne, das allein auf höheren Ressourcenverbrauch setze. „Wirtschaftswachstum darf nicht zu einer Ersatzreligion werden“, so Margarete Bause. Heinrich Bedford-Strohm sprach sich dafür aus, „Wohlstand“ so zu definieren, „dass wir ein lebenswertes Leben führen können, ohne künftige Generationen zu belasten“.

Große Übereinstimmung bestand auf beiden Seiten auch in der Notwendigkeit, den Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Der Landesbischof verwies in diesem Zusammenhang auf das große Engagement der bayerischen Landeskirche im „Bayerischen Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenrechte schützen“. Auch die Grünen forderten seit Jahrzehnten ein konsequentes und nachhaltiges Eintreten gegen Neonazis, aber auch gegen antidemokratische Kultur, Rassismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der bayerischen Politik und Bevölkerung, betonten die Fraktionsvertreterinnen.

In der Frage der Staatsleistungen für die Kirchen stimmten beide Seiten darin überein, dass es richtig sei, wenn der Staat Kirchen und Religionsgemeinschaften für ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben unterstütze. Die Grünen, so Ulrike Gote, forderten eine Trennung von Staat und Kirche, begrüßten jedoch eine Kooperation von Kirche und Staat.

München, 1. Februar 2012
Johannes Minkus, Pressesprecher